

ARTIKEL

: Wählen mit 16! Im Interesse der Jugend und der Demokratie.

hessische jugend 2_2013 | Wer die Wahl hat... Jugend.Politik.Wahlen.

MEINUNG | Wer sich mit der politischen Beteiligung junger Menschen intensiv auseinandersetzt, kennt die Debatte um das Wahlalter nur allzu gut... und er oder sie kennt die gängigen Argumente gegen eine Absenkung des Wahlalters, die selbst einige unter 18-Jährige wie einen kleinen Schutzschild vor sich hertragen. Wer z.B. Onlinepetitionen wie die des Landesjugendrings Rheinland-Pfalz im Frühjahr 2012 beobachtet, findet in den Kommentaren so einiges, was angeblich gegen das Wählen ab 14 oder 16 Jahren spreche.

Jugendliche unter 18 Jahren seien viel zu einfach zu manipulieren, ein paar hohle Versprechungen und ein kostenloser Videoclip zum Download, und ihre Entscheidung sei gefallen. Sie hätten noch kein Recht mitzudiskutieren, da sie ja auch noch nichts zum Sozialstaat beitragen. Erst einmal sollen junge Menschen selbst für sich sorgen können, bevor sie wählen dürfen. Den meisten Jugendlichen fehle außerdem sowieso das Interesse, besonders bei Themen, die sie überhaupt nicht tangieren. Bevor man das Wahlalter senkt, sollte man lieber das Jugendstrafrecht zeitlich eingrenzen: Wählen gehen, aber bei Straftaten nicht „erwachsen“ genug sein wollen – das geht nicht! Entweder man riskiert einen hippen Gangsterrapper als Bundeskanzler oder aber einen enormen Aufschwung radikaler Parteien im jüngsten Wählerspektrum, oder beides.

Das könnte man jetzt weiter fortsetzen, und man könnte es natürlich diplomatischer formulieren. Aber wer in die Diskussionsforen im Internet schaut, findet eben genau solche Beiträge.

Doch fragen wir lieber: Was spricht denn dafür, Jugendlichen schon mit 16 oder auch 14 Jahren das Wahlrecht zuzusprechen?

Zunächst einmal handelt es sich beim Wahlrecht um ein Grundrecht, nicht um eine Pflicht. Das ist wichtig und lässt einige der oben aufgeführten Argumente sehr fadenscheinig wirken. In jeder Altersgruppe gibt es (leider) einen großen Anteil an Nichtwählern, die aus sehr verschiedenen Gründen von ihrem Recht zu wählen keinen Gebrauch machen. Das Wahlrecht ist ein Grundrecht aller Mitglieder einer Gesellschaft, d.h. man muss es nicht erst erwerben. Das Wahlrecht ist als Grundrecht auch nicht an irgendwelche Auflagen gebunden wie z.B. einen bestimmten Bildungsabschluss oder bestimmte geistige Fähigkeiten. Und dass demokratische Wahlen ein politischer Wettkampf um Wählerstimmen sind, und dass sich Wählerstimmen beeinflussen lassen – durch Kampagnen, Wahlversprechen, Parolen, Bilder und Wörter, das ist eine altersunabhängige Tatsache. Auf die Stichworte „Radikalität“ und „Manipulierbarkeit“ lässt sich mit den Stichworten „Aufklärung“ und „politische Bildung“ antworten, auch hier mit dem Hinweis, dass beides nicht in einer bestimmten Altersgruppe zuzuordnen ist sondern vielmehr von der Milieuzugehörigkeit und dem Bildungsniveau beeinflusst wird.

Freie Wahlen sind das Fundament unserer Demokratie. Die Jugend wiederum ist ein bedeutsamer Teil unserer demokratischen Gesellschaft – nicht erst morgen. Warum sollte das Wahlrecht Kinder und Jugendliche ausschließen, wenn doch auch sie zum Souverän dazugehören? Politik richtet sich nicht immer, aber immer wieder nach dem so genannten Wählerwillen. Da erscheint es plausibel, dass nicht vorhandene Wählerstimmen für eine angemessene Berücksichtigung jugendlicher Interessen und Ideen durch die Politik nicht besonders förderlich sind.

Dabei zeigen Erfahrungen aus anderen Bundesländern, in denen das Wahlalter bereits gesenkt wurde, eine überdurchschnittlich hohe Wahlbeteiligung bei Erst- und Jungwähler/innen.

Tatsächlich haben viele Jugendliche großes Interesse daran, ihr Lebensumfeld aktiv mitzugestalten, sich zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen. Wer junge Menschen für die Demokratie begeistern, sie in Teilhabe und Verantwortung stärken möchte, sollte auf ihre Stimme hören. Damit Hand in Hand gehen muss eine verständlichere, transparente Darstellung und Diskussion politischer Themen, die Kinder und Jugendliche ansprechen, die sie nachvollziehen und bewerten können. Eine Öffnung der Wahlkabinen für jüngere Jugendliche wäre ein deutliches Signal an sie, dass sie ernst genommen werden. Was spräche denn dagegen?

Kati Mühlmann

Referentin für politische Bildung, hjr